Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1251

07. 01. 82

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP
— Drucksache 9/803 —
zur Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU

Zweites Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid
— bisherige Verwirklichung der Schlußakte in Helsinki
— weiterführende Vorschläge zur Schlußakte von Helsinki

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Überzeugung, daß der KSZE-Prozeß gerade in der heutigen Weltlage fortgesetzt und ausgebaut werden muß.

   Dieser langfristig angelegte, dynamische Prozeß, der den Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt zur Voraussetzung hat, dient der Festigung des Friedens und der Stabilität in Europa. Er trägt dazu bei, die menschliche Dimension der Entspannung zu entwickeln und die praktische Zusammenarbeit zwischen Ost und West im Interesse der Menschen zu stärken.

   Die von der Teilung Deutschlands und Europas ausgehenden Gefahren und Erschwernisse im menschlichen Zusammenleben belasten besonders das deutsche Volk. Daher haben die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa.

2. Der Deutsche Bundestag würdigt die offene und sachliche Aussprache, die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid über den Stand der Verwirklichung aller Teile der Schlußakte geführt worden ist. Sie hat sowohl die ständigen Verletzungen wie auch die seit Unterzeichnung der Schlußakte erzielten Fortschritte deutlich gemacht.

3. Der Deutsche Bundestag hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß bei der Ausarbeitung eines substantiellen und ausgewogenen Schlußdokuments in Madrid Fortschritte erzielt worden sind, die einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz in absehbarer Zeit möglich erscheinen lassen. Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der westlichen Verbündeten und Partner wie auch die konstruktive Haltung anderer Delegationen hat dazu wesentlich beigetragen.

4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den anderen Teilnehmerstaaten auch weiterhin alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um zu einem erfolgreichen Abschluß der Konferenz zu kommen. Der Deutsche Bundestag

hofft, daß es insbesondere gelingen wird, die Kontakte und Informationen zwischen den Menschen in Ost und West zu verbessern, durch geeignete Schritte auf eine bessere Verwirklichung der Menschenrechte hinzuwirken und die wirtschaftliche, technisch-wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit auszubauen.

5. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa mit dem Auftrag, vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa auszuarbeiten, einen bedeutenden Beitrag für die Stabilisierung der internationalen Lage leisten würde. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß die Bundesregierung die westlichen Bemühungen um ein präzises Konferenzmandat wie bisher nachdrücklich unterstützt.

6. Vertrauensbildende Maßnahmen sind ein wichtiges Mittel, die dringend erforderlichen Fortschritte auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung zu fördern.

   Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre aktive Rolle im Ost-West-Dialog und im internationalen Rüstungskontrollprozeß unbeirrt durch Krisen und Rückschläge fortzusetzen und dem Deutschen Bundestag jährlich Berichte zum Stand der Rüstungskontrolle und Abrüstung unter Berücksichtigung der Entwicklung im militärischen Kräfteverhältnis vorzulegen.

Bonn, den 9. Dezember 1981

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Barzel **Dr. Hupka**

Vorsitzender Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Hupka

Die Vorlage — Drucksache 9/803 — wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 49. Sitzung am 10. September 1981 zur federführenden Beratung an den Auswärtigen Ausschuß, zur Mitberatung an den Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen überwiesen. Dies geschah im Rahmen der Beratung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zum Zweiten Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Madrid (Drucksachen 9/77, 9/643).

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und FDP behandelt die bisherige Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki und weiterführende Vorschläge hierzu, zusammengefaßt in sechs Punkten. Eine zur Begründung vorangestellte Präambel stellt den KSZE-Prozeß in den Zusammenhang der von der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren betriebenen Politik des Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit und unterstreicht das gleichzeitige Streben nach Sicherheit und Entspannung auf der Grundlage des Gleichgewichts als Kernbestand der gemeinsamen Sicherheitspolitik im Bündnis.

Die dem Bundestag zur Beschlußfassung vorliegenden sechs Punkte würdigen den KSZE-Prozeß als wichtigen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Stabilität in Europa sowie insbesondere zur Entwicklung der menschlichen Dimension der Entspannung. Hierbei wird auf die Lage im geteilten Deutschland und die besondere Verantwortung beider Staaten in Deutschland für den Frieden hingewiesen. Weiter wird Stellung genommen zu den Fortschritten bei der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki, aber auch zu den fortdauernden Verletzungen der Akte. Ebenso werden Erwartungen für die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses sowie praktische Vorschläge hierfür formuliert.

Der Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen hat die Vorlage am 9. Dezember 1981 beraten und mit Mehrheit die Annahme empfohlen.

Der Auswärtige Ausschuß hat die Vorlage am 9. Dezember 1981 abschließend beraten. Dabei wurde eine Formulierung erarbeitet, die allen Fraktionen im Ausschuß die Zustimmung zu dem Entschließungsantrag ermöglichte.

Daher hat der Auswärtige Ausschuß einstimmig beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme der Vorlage in der vom Ausschuß verabschiedenten Fassung zu empfehlen.

Bonn, den 9. Dezember 1981

Dr. Hupka

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838